

Bewerbungsbedingungen

01. Öffentlicher Auftraggeber

Öffentlicher Auftraggeber ist die Stadt Aachen, Maria-Theresia-Allee 38, 52058 Aachen. Daten und Fakten zur Stadt Aachen finden sich unter

<https://www.aachen.de/>

02. Gegenstand der Ausschreibung

Der Auftraggeber beabsichtigt den Abschluss einer EVB-IT-Rahmenvereinbarung über die Bereitstellung einer Festnetztelefonie für die Stadt Aachen.

Die nach der Rahmenvereinbarung zu erbringenden Leistungen sind in zwei Lose aufgeteilt (vgl. 04 Aufteilung in Losen). Jedes Los wird mit jeweils einem Unternehmen besetzt. Die Lose werden aus in gesonderten Projekträumen u.a. im Vergabeportal „[Vergabesatellit Wirtschaftsregion Aachen](#)“ (im Folgenden: „Vergabeportal“) veröffentlicht.

Los 1 umfasst Telefonie-Leistungen inklusive der Lieferung und Implementierung, sowie den Service und Betrieb und die Weiterentwicklung der Telekommunikationsinfrastruktur nach näherer Maßgabe der **Anlage B1-2 Los 1 Leistungsbeschreibung (Telefonie Leistungen)**.

Los 2 umfasst Provider-Anschluss-Leistungen (Festnetz & Internet) und deren Lieferung, Installation und Konfiguration, Inbetriebnahme, Service und Support der physikalischen und logischen Komponenten für zentrale und dezentrale SIP-Trunk Anbindungen und dessen SIP-Services an den Standorten der Stadt Aachen, nach näherer Maßgabe der **Anlage B2-2 Los 2 Leistungsbeschreibung (Provider Leistungen)**.

Die vorliegende Auftragsbekanntmachung und die hierzu in den Projektraum des Vergabeportals eingestellten Vergabeunterlagen betreffen ausschließlich das Los 2.

Der Auftragnehmer übernimmt alle Leistungen und Tätigkeiten, die zur vollständigen Durchführung der Rahmenvereinbarung und der auf ihr beruhenden Einzelaufträge erforderlich sind.

Kurzbeschreibung: Los 2 – Provider und Anschlussleistungen

Los 2 umfasst die Bereitstellung, den Betrieb und die Weiterentwicklung der Provider, Anschluss- und Transportinfrastruktur für die Sprach- und Datenkommunikation der Stadt Aachen. Die Leistungen stellen die Netz und Sprachkonnektivität für alle durch Los 1 versorgten Standorte sicher.

Es wird eine Konsolidierung aller dezentralen IP-basierenden Festnetz-Anschlüsse zu einem zentralen SIP-Trunk angestrebt. Im Vordergrund steht der derzeitige redundante SIP-Trunk. Dieser soll durch einen hochverfügbaren SIP-Trunk mit einer Kapazität von mindestens 600 gleichzeitigen Sprachkanälen ersetzt werden. Eine Skalierung für weitere 400 gleichzeitige Sprachkanäle muss möglich sein.

Im Zuge einer Transition sollen Standorte und deren Rufnummern, die die Voraussetzungen erfüllen und somit in den IP-Netzverbund der Stadt Aachen integriert sind, auf den zentralen SIP-Trunk migriert werden.

Ausnahmen bilden Standorte, die zwar die Voraussetzungen für eine Migration auf den zentralen SIP-Trunk erfüllen würden, aber sich der AG aus anderen Gründen dagegen entscheidet. Diese sollen zukünftig durch den AN mit Produkten für dezentralen SIP-Trunk-Anbindungen oder mit Produkten für Sprach- und Datendienste mit der bisherigen standortbezogenen Rufnummer übernommen werden. Das gleiche hat Gültigkeit für Standorte, die während der Vertragslaufzeit nicht in den IP-Netzverbund des AG eingebunden werden können.

Die zentrale Access-Anbindung (Trägeranbindung) für den SIP-Trunk soll auf Basis einer physikalisch redundanten und disjunkt geführten Zuführung – vorzugsweise über Glasfaser – an das Providernetz des AN angebunden werden.

Die Leistungsübergabepunkte der Access-Anbindung des AN an das AG-Netzwerk ist das durch den Auftragnehmer zur Verfügung gestellte und gemanagte Customer Premise Equipment Interface im Rechenzentrum des AG Dienstleisters. Der Weitertransport des SIP-Service zum Endpunkt erfolgt über das zentrale VoIP-Telekommunikations-System mit Unified Communication Fähigkeiten (VoIP/UC-TK-System) gemäß Los 1 auf der Grundlage des IP-Netzes des AG und dessen Dienstleister.

Anschlüsse für mittlere und kleine Standorte

Nachstehende Anforderungen beschreiben den Soll-Stand von Anbindungsvarianten für kleine und mittlere Standorte der Stadt Aachen. Diese müssen bis zu einer möglichen Migration auf den zentralen SIP-Trunk durch den AN übernommen und weiter betrieben werden.

Kategorie A: - Dezentraler SIP-Trunk

Ausgewählte Standorte sollen mit einem dezentralen All-IP SIP-Trunk ausgestattet werden. Dieser dient wahlweise der eigenständigen Versorgung oder als georedundante Fallback-Ebene zum zentralen SIP-Trunk, insbesondere zur Sicherstellung der Notruffähigkeit bei Ausfall der Primäranbindung.

Kategorie B: IP-Anschluss Einfach-Telefonie für analoge Anschlusseinrichtungen

Dieser Anschluss dient der Anbindung einzelner analoger Endgeräte (z. B. Fax-Gruppe 3, Türsprechstellen, DECT-Telefone oder Notruftelefone). Der Standort wird über eine permanente Übertragungsstrecke an die Service Plattform des Auftragnehmers angeschlossen. Die physikalische Schnittstellenübergabe des Service endet am Übergabepunkt des AN und dessen Equipment (Router).

Kategorie C: Kombinationsanschluss (Mehrfach-Telefonie und Internet)

Der Kombinationsanschluss stellt die integrierte Standard-Versorgung für Standorte (z. B. Kitas, Schulen, Verwaltungsaußenstellen) dar. Er vereint Breitband-Internetleistungen mit Mehrfach-Telefonie (bis zu 8 Sprachkanäle) auf einer gemeinsamen physischen Übertragungsstrecke.

Kategorie D: Standard-Breitband-Interanschluss (S-BIA)

Der Standard Breitband-Internetanschluss (S-BIA) dient der ausschließlichen Versorgung von Standorten mit Breitband-Internetleistungen. An diesen Standorten werden über den Anschluss des AN keine nativen Telefonie-Dienste (wie Sprachkanäle oder Rufnummern) bereitgestellt. Dieser Typ wird vorrangig für rein datentechnische Außenstellen oder Standorte mit autarken Telefonie-Lösungen eingesetzt.

Technischer Leistungsumfang

Der Leistungsumfang beinhaltet insbesondere:

- Zentraler SIP Trunk
 - Aufbau und Betrieb eines zentralen, redundanten SIP Trunks
 - Einsatz hochverfügbarer Session Border Controller (SBC)
 - Unterstützung standardisierter SIP Profile (u. a. SIPConnect)
 - Sicherstellung von Sprachqualität, QoS Mechanismen und Notruffunktionalitäten
 - Skalierbarkeit hinsichtlich gleichzeitiger Gesprächskanäle (SimCalls)
- Anschlüsse für mittlere und kleine Standorte
 - Bereitstellung unterschiedlicher Anschlussarten (z. B. dezentraler SIP Trunk, Kombinationsanschlüsse für Sprache und Internet, reine Internetanschlüsse)
 - Einsatz geeigneter CPE Hardware (Router, Gateways, ggf. USV Optionen)
 - Unterstützung analoger und digitaler Endgeräte an kleineren Standorten
- Rufnummernmanagement und Migration
 - Verwaltung von Rufnummern und Rufnummernblöcken
 - Durchführung von Rufnummernportierungen und Migrationen
 - Koordination mit abgebenden Netzbetreibern
 - Test- und Abnahmeprozesse je Standort

- Service- und Betriebsleistungen
 - Überwachung der Anschluss- und Sprachqualität
 - Entstörung und Support über definierte Servicezeiten
 - Bereitstellung von Abrechnungs- und Nutzungsinformationen
 - Optional: Bereitstellung alternativer Tarifmodelle (z. B. Sprach Flatrates)

Standorte und Kategorisierung

Los 2 bezieht sich ebenfalls auf ca. 260 Anschlüsse der Stadt Aachen.

Die geschätzte Abnahmemenge beläuft sich für alle von der Rahmenvereinbarung umfassten Leistungen auf 2.860.000 EUR netto. Es wird eine verbindliche Höchstabnahmegrenze an Leistungen in Höhe von 3.500.000 EUR netto festgelegt (Angaben jeweils bezogen auf die maximale Laufzeit der Rahmenvereinbarung). Die Stadt Aachen ist nicht dazu verpflichtet, Aufträge im Sinne dieser Rahmenvereinbarung unter der Rahmenvereinbarung zu vergeben (vgl. Erwägungsgrund Nr. 61 der Richtlinie 2014/24/EU). Die Stadt Aachen ist insbesondere nicht dazu verpflichtet, aus der Rahmenvereinbarung ein bestimmtes Kontingent abzunehmen.

Die Rahmenvereinbarung beginnt mit Zuschlagserteilung und hat eine Laufzeit von 48 Monaten (Grundlaufzeit). Sie verlängert sich jeweils wiederkehrend automatisch um ein weiteres Jahr, soweit sie nicht drei Monate vor Ablauf von der Stadt Aachen schriftlich gekündigt wird, höchstens jedoch auf einen Zeitraum von insgesamt 72 Monate (Höchstlaufzeit). Mit dem Ablauf der Höchstlaufzeit endet die Rahmenvereinbarung, ohne dass es einer separaten Kündigung bedarf. Gleiches gilt, soweit die vorgesehenen Höchstabnahmegrenzen vor dem Ablauf der Höchstlaufzeit erreicht sind.

03. CPV-Codes

64210000-1	Fernsprech- und Datenübertragungsdienste
64215000-6	Internet-Telefondienste
32570000-9	Kommunikationsanlage
32571000-6	Kommunikationsinfrastruktur
32550000-3	Telefongeräte
32540000-0	Telekommunikationsvermittlungseinrichtungen
32412100-5	Telekommunikationsnetz
32550000-3	Fernsprechausrüstung
72400000-4	Internetdienste
72260000-5	Dienstleistungen in Verbindung mit Software
72250000-2	Systemdienstleistungen und Unterstützungsdienste
50330000-7	Wartung von Fernmeldeeinrichtungen
72600000-6	Computerunterstützung und -beratung

04. Aufteilung nach Losen

Die Rahmenvereinbarung ist in zwei Lose über Telefonie-Leistungen (Los 1) und Provider-Anschluss-Leistungen (Los 2) aufgeteilt (siehe oben Ziff. 02).

Jeder Bieter darf Angebote nur für ein Los oder für beide Lose einreichen. Die Stadt Aachen darf Aufträge über ein, über mehrere oder alle Lose vergeben. Dabei kann sie alle Lose miteinander kombinieren.

Im Weiteren erfordern technische und wirtschaftliche Gründe eine Gesamtvergabe. Dies begründet sich damit, dass die Leistungen der jeweiligen Lose eine technische und wirtschaftliche Einheit bilden. Eine isolierte Vergabe der jeweiligen Bestandteile würde Risiken erzeugen, die über den typischerweise mit einer Fachlosvergabe verbundenen Koordinationsaufwand hinausgehen und die vom Auftraggeber angestrebte Funktionsfähigkeit und IT-Sicherheit unmittelbar gefährden würden:

05. Verfahrensart

Die Vergabe erfolgt nach § 119 Abs. 1 Alt. 1 GWB i. V. m. §§ 14 Abs. 1, 17 VgV im Wege des Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmewettbewerb.

06. Anwendbares Verfahrensrecht

- a) Der Auftraggeber verfährt nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung – VgV) und dem Gesetz über die Sicherung von Tariftreue und Mindestlohn bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen – TVgG NRW) in jeweils aktueller Fassung sowie darüber hinaus allen einschlägigen weiteren Bundes- bzw. Landesgesetzen.
- b) Im Falle von Abweichungen oder Widersprüchen zwischen den Vergabeunterlagen und den gesetzlichen Regelungen sind ausschließlich die gesetzlichen Verfahrensvorschriften maßgeblich. Die Vergabeunterlagen sind in einem solchen Fall im Lichte der geltenden Rechtsvorschriften auszulegen.
- c) Die Bewerbungsbedingungen enthalten arbeitserleichternde Hinweise sowie ausgestaltende Vorgaben. Sie erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder rechtliche Verbindlichkeit. Sie ersetzen nicht die eigenverantwortliche Kenntnis und Beachtung der maßgeblichen vergaberechtlichen Bestimmungen.
- d) Bei inhaltlichen Abweichungen oder Widersprüchen zwischen der Auftragsbekanntmachung und den Bewerbungsbedingungen ist ausschließlich die jeweils zuletzt veröffentlichte Fassung der Auftragsbekanntmachung maßgeblich.

07. Verfahrenssprache

- a) Die Verfahrenssprache ist deutsch.
- b) Der Auftraggeber behält sich vor, Unterlagen und Nachweise, die nicht in deutscher Sprache verfasst sind, anzuerkennen, sofern deren Inhalt für sie ohne Weiteres hinreichend verständlich ist. Ein Anspruch auf Berücksichtigung fremdsprachiger Unterlagen besteht nicht.
- c) Der Auftraggeber ist berechtigt, bei in anderer Sprache abgefassten Dokumenten eine beglaubigte Übersetzung ins Deutsche nachzufordern, wenn dies zur ordnungsgemäßen Prüfung erforderlich ist.

08. Ansprechpartner für das Vergabeverfahren

Ansprechpartner für sämtliche Fragen im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren ist:

Stadt Aachen
Zentrale Vergabestelle (FB 60/300)
Lagerhausstraße 20
52064 Aachen
Telefon: 0241 432-6030
E-Mail: vergabestelle@mail.aachen.de

09. Elektronische Datenübermittlung

- a) Das Vergabeverfahren wird ausschließlich unter Verwendung elektronischer Mittel gemäß §§ 9 ff. VgV durchgeführt. Die Kommunikation erfolgt im Vergabeportal „[Vergabesatellit Wirtschaftsregion Aachen](#)“ im dortigen elektronischen Projektraum.
- b) Für die Abgabe von Angeboten sowie das Stellen von Bieterfragen ist eine vorherige Registrierung im Vergabeportal erforderlich. Die ordnungsgemäße und rechtzeitige Registrierung liegt in der alleinigen Verantwortung des jeweiligen Teilnehmers.
- c) Es wird darauf hingewiesen, dass es beim Vergabeportal jederzeit zu Wartungsarbeiten oder technischen Störungen kommen kann.
- d) Das Hochladen von Unterlagen im Vergabeportal beansprucht Zeit. Verfahrensteilnehmer sind daher gehalten, die elektronische Angebotsabgabe mit ausreichendem zeitlichem Vorlauf vorzunehmen, um fristgerechte Abgaben sicherzustellen.

- e) Sämtliche Mitteilungen im Rahmen des Vergabeverfahrens erfolgen über das Vergabeportal. Registrierte Verfahrensteilnehmer werden systemseitig über die Hinterlegung von Nachrichten informiert und sind verpflichtet, diese unverzüglich und eigenverantwortlich im Portal abzurufen.
- f) Nachrichten, die im Vergabeportal für einen Verfahrensteilnehmer hinterlegt werden, gelten mit dem Zeitpunkt der Systembenachrichtigung über deren Hinterlegung als zugegangen.
- g) Verfahrensteilnehmer haben sicherzustellen, dass die im Vergabeportal hinterlegten Kontaktdaten stets aktuell und zutreffend sind.
- h) Sofern ein Teilnehmer mit mehreren Benutzerkonten im Vergabeportal registriert ist, erfolgt die Kommunikation grundsätzlich über das Benutzerkonto, über das bereits Erklärungen im Verfahren abgegeben wurden.

10. Fragen und Hinweise

- a) Fragen zum Vergabeverfahren sowie Hinweise sind ausschließlich über das Vergabeportal zu übermitteln. Die Übermittlung ist während des gesamten Verfahrens zulässig. Telefonische Anfragen sind grundsätzlich ausgeschlossen.
- b) Die Beantwortung von Fragen erfolgt grundsätzlich wörtlich und unverändert durch Veröffentlichung im Vergabeportal. Enthalten Fragen aus Sicht des Bewerbers/ Bieters Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse, ist dies ausdrücklich und eindeutig bei Übermittlung der Frage kenntlich zu machen. Erfolgt kein entsprechender Hinweis, wird von der Zustimmung zur Veröffentlichung ausgegangen. Rückfragen zur Klarstellung einzelner Angaben bleiben vorbehalten.
- c) Jeder Bewerber/ Bieter ist dazu angehalten, sich vor Abgabe des Teilnahmeantrags/ Angebots eigenverantwortlich über alle Umstände zu informieren, die für die Ausführung der Leistung und die Angebotskalkulation maßgeblich sein können.
- d) Fragen sollen nach Möglichkeit so rechtzeitig gestellt werden, dass eine Beantwortung spätestens sechs Kalendertage vor Ablauf der Teilnahme-/ Angebotsfrist erfolgen kann. Bei später eingehenden Fragen kann eine rechtzeitige Beantwortung nicht gewährleistet werden.
- e) Soweit die übermittelten Informationen für die Erstellung des Teilnahmeantrags/ Angebotserstellung erheblich sind und nicht rechtzeitig bereitgestellt werden können, prüft der Auftraggeber eine Verlängerung der Teilnahme-/ Angebotsfrist.
- f) Der Auftraggeber behält sich vor, zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens – einschließlich kurzfristig vor Ablauf der Teilnahme-/ Angebotsfrist – Fragen zu beantworten und ggf. Fristen zu verlängern. Alle Bewerber/ Bieter sind verpflichtet, sich selbstständig und regelmäßig im Vergabeportal über neue Informationen und Mitteilungen zu informieren.

11. Vergabeunterlagen

- a) Die Vergabeunterlagen werden über das Vergabeportal unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt zur Verfügung gestellt. Für den Abruf der Vergabeunterlagen ist keine Registrierung erforderlich.
- b) **Es wird darauf hingewiesen, dass Teile der Vergabeunterlagen vertrauliche Informationen enthalten (Preisblatt, Leistungsbeschreibung, Anlagen zur Leistungsbeschreibung, Auftragsverarbeitungsvertrag). Die vertraulichen Vergabeunterlagen werden erst im Erstangebotsverfahren zur Verfügung gestellt. Hierzu muss innerhalb der Teilnahmefrist mit dem Teilnahmeantrag die im Vergabeportal als Los 2 Vor- druck 01a zur Verfügung gestellte Vertraulichkeitsvereinbarung unterzeichnet abgegeben werden.**
- c) Alle Bewerber / Bieter sind dazu angehalten, erkennbare Unklarheiten, Widersprüche oder offenkundig fehlerhafte Angaben in den Vergabeunterlagen, deren Klärung für die Erstellung eines sachgerechten Teilnahmeantrags/ Angebots oder für die Vertragserfüllung wesentlich ist, unverzüglich – spätestens jedoch vor Ablauf der Teilnahme-/ Angebotsfrist – über das Vergabeportal mitzuteilen.
- d) Der Auftraggeber behält sich vor, bis zum Ablauf der Teilnahme-/ Angebotsfrist Änderungen oder Berichtigungen der Vergabeunterlagen vorzunehmen. Änderungen werden ausschließlich über das Vergabeportal bekannt gemacht und zur Verfügung gestellt (§ 41 Abs. 1 VgV).

- e) Alle Verfahrensteilnehmer sind dazu angehalten, sich eigenverantwortlich und regelmäßig über etwaige Änderungen der Vergabeunterlagen im Vergabeportal zu informieren. Sie haben bei der Erstellung des Teilnahmeantrags/ Angebotserstellung ausschließlich die jeweils aktuelle Fassung der Vergabeunterlagen zugrunde zu legen.
- f) Sämtliche im Verfahren durch den Auftraggeber übermittelten Informationen – insbesondere Antworten auf Bewerber- / Bieterfragen oder ergänzende Hinweise – konkretisieren oder modifizieren die Vergabeunterlagen und werden Bestandteil derselben.
- g) Inhaltliche Änderungen oder Ergänzungen der Vergabeunterlagen durch die Bewerber / Bieter sind unzulässig. Dies betrifft insbesondere auch eigenständige Klarstellungen, Modifikationen oder Ergänzungen in Form von Kommentaren, Fußnoten, geänderten Textfassungen o. ä. Solche Änderungen können zum Ausschluss des Teilnahmeantrags / Angebots führen.

12. Teilnahmeanträge/ Angebote

- a) Teilnahmeanträge / Angebote sind unter Verwendung des **Los 2_Vordrucks 01: Teilnahmeantrag / Los 2_Vordrucks 08: Angebotsvordruck** ausschließlich in Textform gemäß § 126b BGB über das Vergabeportal einzureichen. Jedem Teilnahmeantrag / Angebot sind die aktuellen Vergabeunterlagen in der jeweils gültigen Fassung zugrunde zu legen. Teilnahmeanträge / Angebote, die per Post, E-Mail, Fax oder über die Nachrichtenfunktion des Vergabeportals übermittelt werden, sind unzulässig und werden nicht berücksichtigt. Wird für die Abgabe des Teilnahmeantrags/ Angebotsabgabe ein Benutzerkonto verwendet, das auf einen Dritten registriert ist, ist dem Teilnahmeantrag / Angebot eine Vollmacht dieses Dritten beizufügen. Daraus muss zweifelsfrei hervorgehen, dass der Bewerber/ Bieter berechtigt ist, das entsprechende Benutzerkonto im Rahmen dieses Vergabeverfahrens zu nutzen.
- b) Alle Teilnahmeanträge / Angebote müssen vollständig sein. Als Bearbeitungshilfe ist eine abschließende **Teilnahmeantrags- / Angebots-Checkliste (Anlage 1)** beigefügt. Die Teilnahmeantrags- / Angebots-Checkliste und die Bewerbungsbedingungen selbst sind nicht mit dem Teilnahmeantrag / Angebot einzureichen.
- c) Soweit in den Vergabeunterlagen nicht ausdrücklich Abweichungen vorgesehen sind, sind ausschließlich die vom Auftraggeber bereitgestellten Vordrucke in der jeweils aktuellen Fassung zu verwenden. Diese sind vollständig und ausschließlich an den dafür vorgesehenen Stellen auszufüllen. Eine Veränderung der Vordrucke ist unzulässig. Dies umfasst sowohl inhaltliche Änderungen, etwa durch Ergänzungen, Streichungen oder Kommentierungen, als auch formale Änderungen, insbesondere am Layout und Format. Unzulässig sind insbesondere Änderungen der Seitenränder, des Zeilenabstands, der Schriftart, der Schriftgröße, der Tabellenstruktur, der Textfelder oder der Gliederungselemente. Verstöße gegen diese Vorgaben können gemäß § 57 Abs. 1 Nr. 4 VgV zum Ausschluss des Teilnahmeantrags / Angebots führen.
- d) Änderungen, Ergänzungen oder Berichtigungen des Teilnahmeantrags/ Angebots durch den Bewerber/ Bieter sind bis zum Ablauf der Teilnahme-/ Angebotsfrist zulässig. Diese sind in der für Teilnahmeanträge/ Angebote vorgesehenen Form vorzunehmen und müssen eindeutig und widerspruchsfrei sein. Gibt ein Bewerber/ Bieter mehrere Teilnahmeanträge/ Angebote ab, geht der Auftraggeber – sofern keine zulässigen alternativen Teilnahmeanträge/ Hauptangebote vorliegen – im Zweifel davon aus, dass der/ das zuletzt eingereichte Teilnahmeantrag / Angebot den/ das frühere/n ersetzt. Aufklärungsmaßnahmen bleiben vorbehalten.
- e) Bei der Prüfung der Teilnahmeanträge / Angebotsprüfung und -wertung werden ausschließlich die Angaben berücksichtigt, die an den dafür vorgesehenen Stellen gemacht wurden. Dies gilt insbesondere für Konzeptvordrucke. Angaben außerhalb der dafür vorgesehenen Textfelder bleiben unberücksichtigt. Teilnahmeanträge/ Angebote dürfen keine widersprüchlichen Angaben enthalten.
- f) Der Auftraggeber behält sich Nachforderungen und Aufklärungsmaßnahmen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben (§ 56 VgV) vor, soweit diese nicht durch die vorliegenden Bewerbungsbedingungen ausgeschlossen sind. In Ausübung des ihm insoweit zustehenden Ermessens wird er von Nachforderungen bei solchen Teilnahmeanträgen/ Angeboten absehen, die bereits aus anderen Gründen nicht berücksichtigungsfähig sind.

13. Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, gewerbliche Schutzrechte

- a) Jeder Bewerber/ Bieter ist verpflichtet, in seinem Teilnahmeantrag / Angebot diejenigen Informationen, die er als Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse ansieht, ausdrücklich, konkret und nachvollziehbar zu kennzeichnen.
- b) Eine pauschale Erklärung des gesamten Teilnahmeantrags/ Angebots oder wesentlicher Teile davon als vertraulich oder geheimhaltungsbedürftig ist nicht zulässig und wird bei der Prüfung und etwaigen Akteneinsicht nicht berücksichtigt.
- c) Beabsichtigt ein Bewerber/ Bieter, Angaben aus seinem Teilnahmeantrag/ Angebot für die Anmeldung eines gewerblichen Schutzrechts zu verwenden, hat er deutlich und rechtzeitig im Teilnahmeantrag/ Angebot darauf hinzuweisen.

14. Keine Kostenerstattung / Entschädigung

- a) Für die Bearbeitung der Vergabeunterlagen sowie die Erstellung und Einreichung von Teilnahmeanträgen / Angeboten wird keine Kostenerstattung gewährt.
- b) Vergütungen, Erstattungen oder Entschädigungen – gleich welcher Art und aus welchem Rechtsgrund – erfolgen nicht.

15. Neben- und Alternativangebote

Neben- und Alternativangebote sind nicht zugelassen.

16. Keine Ortsbesichtigung

Eine Ortsbesichtigung findet nicht statt.

17. Bewerber-/ Bietergemeinschaften

- a) Bewerber-/ Bietergemeinschaften sind im Vergabeverfahren zulässig und werden Einzelbewerbern / Einzelbietern gleichgestellt. Sie haben die gleichen Rechte und Pflichten wie Einzelbewerber/ Einzelbieter.
- b) Bewerber-/ Bietergemeinschaften haben unter Verwendung des **Los 2_Vordrucks 02: Bewerber-/Bietergemeinschaftserklärung (Formular 531 EU)** sämtliche Mitglieder der Gemeinschaft zu benennen sowie ein Mitglied als bevollmächtigten Vertreter zu bestimmen. Dieser ist gegenüber dem Auftraggeber berechtigt, den Teilnahmeantrag/ das Angebot rechtsverbindlich abzugeben und den Zuschlagsvertrag abzuschließen sowie die Durchführung des Vertrages im Namen aller Mitglieder zu verantworten.

18. Unterauftragnehmer

- a) Die Weitergabe von Teilen des Auftrags im Wege der Unterauftragsvergabe an andere Unternehmen ist gemäß § 36 VgV zulässig.
- b) Ein Unterauftrag im Sinne dieses Vergabeverfahrens liegt vor, wenn ein anderes Unternehmen (auch: Freelancer) einen Teil der ausgeschriebenen Leistung im eigenen Namen, mit eigenem Personal und in eigener Verantwortung für den Bewerber/ Bieter ausführt, ohne selbst Vertragspartner des Auftraggebers zu werden.
- c) Gemäß § 36 Abs. 1 Satz 1 VgV hat jeder Bieter bereits mit dem Angebot die Teile des Auftrags anzugeben, die er an Unterauftragnehmer zu vergeben beabsichtigt. Soweit zumutbar, sind auch die vorgesehenen Unterauftragnehmer zu benennen. Hierfür ist der **Los 2_Vordruck 07: Informationen zu Unteraufträgen bei Angebotsabgabe (VHB 533a EU)** zu verwenden.
- d) Der Auftraggeber kann gemäß § 36 Abs. 1 Satz 2 VgV von den Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen, die verbindliche Benennung der Unterauftragnehmer sowie gemäß § 47 VgV den Nachweis darüber verlangen, dass dem Bieter die zur Auftragsausführung erforderlichen Ressourcen dieser Unternehmen tatsächlich zur Verfügung stehen. Für diesen Nachweis ist der **Los 2_Vordruck 07a: Nachweis Unterauftragnehmer (VHB 533b EU)** zu verwenden. Sofern bereits der Vordruck 534a EU: Erklärung Eignungsleihe vorgelegt wurde, kann die Vorlage des Vordrucks 07a entfallen.
- e) Beruft sich ein Bieter gemäß § 47 VgV auf die Kapazitäten eines anderen Unternehmens

zur Erfüllung von Eignungskriterien, ist bereits mit dem Angebot eine entsprechende Erklärung vorzulegen, aus der hervorgeht, dass ihm die betreffenden Kapazitäten tatsächlich zur Verfügung stehen.

- f) Bei einer Eignungsleihe im Bereich der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit ist hierfür der **Los 2_Vordruck 05: Eignungsleihe wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit (VHB 534b EU)** zu verwenden. Bei einer Eignungsleihe im Bereich der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit ist der **Los 2_Vordruck 05a: Eignungsleihe technische und berufliche Leistungsfähigkeit (VHB 534a EU)** zu verwenden. Der Auftraggeber behält sich gemäß § 47 Abs. 1 Satz 2 VgV vor, ergänzende Nachweise oder Erklärungen zum Nachweis der tatsächlichen Verfügbarkeit der Kapazitäten zu verlangen.
- g) Die Inanspruchnahme von Unterauftragnehmern oder die Berufung auf die Kapazitäten anderer Unternehmen im Wege der Eignungsleihe berührt nicht die alleinige vertragliche Verantwortlichkeit des Bieters gegenüber dem Auftraggeber.
- h) Für sämtliche Unterauftragnehmer – unabhängig von der Stufe der Leistungserbringung – gelten die Vorgaben des § 128 Abs. 1 GWB. Die Bieter haben sicherzustellen, dass auch sämtliche Unterauftragnehmer, die an der Ausführung des Auftrags mitwirken, die geltenden umweltbezogenen, sozialen und arbeitsrechtlichen Verpflichtungen einhalten, die auf Unionsrecht, nationalem Recht, in Tarifverträgen oder in Rechts- und Verwaltungsvorschriften beruhen. Die Verpflichtung zur Einhaltung dieser Vorschriften trifft Unterauftragnehmer in gleicher Weise wie den Hauptauftragnehmer.
- i) Der Auftraggeber überprüft vor der Erteilung des Zuschlags, ob Gründe für den Ausschluss des Unterauftragnehmers vorliegen. Bei Vorliegen zwingender Ausschlussgründe verlangt sie die Ersetzung des Unterauftragnehmers. Bei Vorliegen fakultativer Ausschlussgründe kann sie verlangen, dass dieser ersetzt wird. Der Auftraggeber kann dem Bieter dafür eine Frist setzen.

19. Eignungskriterien

Der Auftraggeber hat folgende Eignungskriterien festgelegt:

a) Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

- (1.) Soweit ihr Beruf erlaubnispflichtig ist, müssen Bewerber je nach den Rechtsvorschriften des Staates, in dem sie niedergelassen sind, entweder die Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister dieses Staates oder auf andere Weise die erlaubte Berufsausübung nachweisen.
- (2.) Für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind die jeweiligen Berufs- oder Handelsregister sowie die Bescheinigungen oder Erklärungen über die Berufsausübung in Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die öffentliche Auftragsvergabe und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/18/EG (ABl. L 94 vom 28. März 2014, S. 65) aufgeführt.
- (3.) Im Fall von Bewerber-/ Bietergemeinschaften ist der Nachweis von jedem Mitglied zu führen, dessen Beruf erlaubnispflichtig ist.
- (4.) Der Nachweis muss, soweit erforderlich, im Rahmen des Teilnahmeantrags/ Angebots in elektronischer Form (z. B. als Scan der Originalurkunde oder Datei) vorgelegt werden. § 50 VgV bleibt unberührt.

b) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

aa) Umsatz in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags

- (1.) Bewerber müssen eine Erklärung über ihren Umsatz in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags in den Jahren 2025, 2024 und 2023 abgeben, sofern entsprechende Angaben verfügbar sind.
- (2.) Für die Angaben zum Jahresumsatz kommt es nicht auf einen formal festgestellten oder geprüften Jahresabschluss an. Maßgeblich sind die vom Bewerber angegebenen Umsätze im jeweiligen Kalenderjahr, unabhängig davon, ob dieses dem Geschäftsjahr entspricht und ob hierfür bereits ein Jahresabschluss vorliegt oder festgestellt wurde.

- (3.) **Mindestanforderung:** Der Umsatz in jedem der drei genannten Jahre muss jeweils mindestens 5.000.000 Euro netto betragen haben.
- (4.) Die Erklärung ist im Rahmen des Angebots jeweils auf dem **Los 2_Vordruck 03: Eigenerklärung zur Eignung** in elektronischer Form vorzulegen. § 50 VgV bleibt unberührt.
- (5.) Im Fall von Bewerbergemeinschaften muss jedes Mitglied den **Los 2_Vordruck 03: Eigenerklärung zur Eignung** gesondert vorlegen. Der Auftraggeber prüft auf dieser Grundlage, ob die Summe der Umsätze aller Mitglieder die Mindestanforderung erfüllt.

bb) Nachweis einer Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung

Bewerber müssen den Nachweis einer Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung für den Tätigkeitsbereich des Auftrags mit folgenden Mindestdeckungssummen, mindestens zweifach maximiert pro Versicherungsjahr führen:

Personen- und Sachschäden:	1.000.000 Euro
Vermögensschäden:	1.000.000 Euro

Der Nachweis der Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung muss im Rahmen des Teilnahmeantrages als Scan der Originalurkunde oder Datei des beauftragten Versicherungsunternehmens oder des betreuenden Versicherungsdienstleisters / -maklers vorgelegt werden. § 50 VgV bleibt unberührt.

Sofern die ausgeschriebene Rahmenvereinbarung weitergehende und / oder höhere Versicherungssummen vorsieht, sind diese nicht Gegenstand der Eignungsprüfung.

c) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

aa) Referenzen

Dienstleistungen für Provideranschluss-Leistungen inkl. Service und Support

Bewerber müssen geeignete Referenzen über zuvor ausgeführte Aufträge in Form einer Liste der im Zeitraum vom 01.04.2023 bis zum 01.04.2026 erbrachten wesentlichen Leistungen angeben. Für jede Referenz sind der Erbringungszeitraum sowie der Leistungsempfänger (öffentlicher oder privater Auftraggeber) zu benennen.

(1.) Mindestanforderungen:

Mindestens eine geeignete Referenz im Zeitraum vom 01.04.2023 bis zum 01.04.2026, die folgenden Mindestanforderungen (kumulativ) erfüllt:

- (a.) Anbindung eines zentralen und redundanten SIP-Trunks mit mindestens 120 gleichzeitigen Gesprächskanälen (SimCalls) über einen redundanten Session Border Controller (SBC) an einen zentralen VoIP-Cluster.
 - (b.) Terminierung und Übertragung der Gespräche auf dem zentralen SIP-Trunk von mindestens 10 unterschiedlichen Rufnummern und/oder Rufnummernblöcken
 - (c.) Durchführung von Rufnummernportierungen und/oder Migrationen von mindestens 20 unterschiedlichen Rufnummern und/oder Rufnummernblöcken, inklusive der Koordination mit dem abgeben-den Netzbetreibern sowie einem Test- und Abnahmeprozess
 - (d.) Anbindung von dezentralen PSTN/ SIP-Anschlüssen über ein Standort-Gateway an mindestens 10 Standorten
 - (e.) Anbindung von (x)DSL-Anschlüssen für Internetverbindungen und Sprachkommunikation an mindestens 20 unterschiedlichen Standorten.
 - (f.) Erbringung von Service- und Supportleistungen
 - (g.) Verfügbarkeit eines deutschsprachigen Service-Desks
- (2.) Die Referenzangaben sind im Hinblick auf die Erfüllung der Mindestanforderungen aussagekräftig zu erläutern. Ein bloßes „Ja“ oder eine formelhafte Angabe genügt nicht. Es sind alle abgefragten Angaben vollständig in den Vordruck einzutragen.

Unvollständige Referenzangaben werden nicht berücksichtigt. Nachforderungen in Bezug auf einzelne oder fehlende Referenzangaben erfolgen nicht.

- (3.) Die Referenzangaben sind im Rahmen des Angebots durch Eigenerklärung auf dem **Los 2_Vordruck 03: Eigenerklärung zur Eignung** in elektronischer Form vorzulegen. Sofern mehr Referenzen angegeben werden sollen, als der Vordruck Felder vorsieht, kann der Vordruck vervielfältigt werden. § 50 VgV bleibt unberührt.
- (4.) Im Fall von Bietergemeinschaften muss jedes Mitglied den **Los 2_Vordruck 03: Eigenerklärung zur Eignung** gesondert vorlegen. Der Auftraggeber prüft auf dieser Grundlage, ob die insgesamt angegebenen Referenzen geeignet sind und die Mindestanforderungen erfüllt sind.

bb) Beschreibung der Maßnahmen zur Qualitätssicherung des Unternehmens

- (1) Erforderlich ist die Beschreibung der Maßnahmen zur Qualitätssicherung (§ 46 Abs. 3 Nr. 3 Alt. 2 VgV) des Unternehmens des Bewerbers.
- (2) Die Beschreibung muss im Rahmen des Teilnahmeantrages durch Eigenerklärung auf dem **Los 2_Vordruck 03: Eigenerklärung zur Eignung** erfolgen. Bei Bewerbergemeinschaften ist diese Anlage zum Vordruck 03 für die Bewerbergemeinschaft insgesamt vorzulegen. § 50 VgV bleibt unberührt.
- (3) **Mindestbedingungen:**
Bewerber müssen den Nachweis eines gültigen Zertifikates oder Re-Zertifikates zum Informationssicherheits-Managementsysteme (ISMS) auf der Grundlage der **DIN EN ISO 27001** oder gleichwertig erbringen. Sofern ein gleichwertiger Nachweis erbracht wird, ist mit dem Nachweis die Gleichwertigkeit zu belegen.
- (4) Der Nachweis des Zertifikates muss mit dem Teilnahmeantrag als Scan der Originalurkunde oder Datei vorgelegt werden. Der Nachweis der Gleichwertigkeit hat, soweit erforderlich, auf einer Anlage zum Vordruck 03 zu erfolgen. Insoweit sind Eigenerklärungen und Fremdbelege (Scan der Originalurkunde oder Datei) zugelassen. Eine darüberhinausgehende, ausführliche konzeptionelle Beschreibung der Qualitätssicherungsmaßnahmen ist nicht erforderlich. § 50 VgV bleibt unberührt.

20. Nichtvorliegen von Ausschlussgründen / Sanktionstatbeständen

- a) Zum Nachweis, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen, ist von jedem Bewerber mit dem Teilnahmeantrag die Eigenerklärung Ausschlussgründe gemäß **Los 2_Vordruck 04: Eigenerklärung Ausschlussgründe (VHB 521 EU)** abzugeben (bei Bewerbergemeinschaften: jedes Mitglied einzeln).
- b) Zum Nachweis, dass kein Ausschlussgrund nach § 19 Absatz 3 MiLoG vorliegt, ist von jedem Bewerber mit dem Teilnahmeantrag die Eigenerklärung Mindestlohngesetz gemäß **Los 2_Vordruck 04a: Eigenerklärung Mindestlohngesetz (VHB 522)** abzugeben (bei Bewerbergemeinschaften: jedes Mitglied einzeln).
- c) Zum Nachweis, dass keine Sanktionstatbestände nach Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 vorliegen, ist von jedem Bewerber mit dem Teilnahmeantrag die Eigenerklärung Sanktionen gemäß **Los 2_Vordruck 04b: Eigenerklärung Sanktionen (VHB 523 EU)** abzugeben (bei Bewerbergemeinschaften: jedes Mitglied einzeln).

21. Auswahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerber

- a) Es werden mindestens drei und höchstens fünf Bewerber zur Erstangebotsabgabe aufgefördert, sofern genügend geeignete Bewerber zur Verfügung stehen.
- b) Die von dem Auftraggeber vorgesehenen objektiven und nichtdiskriminierenden Eignungskriterien für die Begrenzung der Zahl der einzuladenden Bewerber lauten: **Referenzen**.
- c) Jede auf dem **Los 2_Vordruck 03: Eigenerklärung zur Eignung** angegebene Referenz, die die vorgegebenen Mindestbedingungen erfüllt, wird anhand Ihrer Referenzerläuterungen auf dem **Los 2_Vordruck 03a: Referenzbeschreibung** nach ihrer Vergleichbarkeit mit dem vorliegend ausgeschriebenen Auftrag einzeln bewertet. Auch Ihre Angaben auf dem Vordruck 03a bedürfen zu diesem Zweck einer ausführlichen Erläuterung; sie haben jeweils referenzbezogen zu sein. Soweit ein Bewerber mehr Referenzen erläutern will als der Vordruck 03a hierfür Felder vorsieht, kann der Vordruck 03a vervielfältigt eingereicht werden (mit dann fortlaufender Nummerierung der Referenzen).

Die Vergleichbarkeit bemisst sich anhand der inhaltlichen Vergleichbarkeit mit dem Auftragsgegenstand im Hinblick auf die folgenden zwei Unterkriterien (Angabe jeweils mit Gewichtung):

- (1.) Technische Vergleichbarkeit der Provider-Architektur (25%)**
- (2.) Umfang und Komplexität der angebundenen Standorte und Anschlüsse (20%)**
- (3.) Durchführung von Rufnummernportierungen und Migrationen (20%)**
- (4.) Betriebs-, Service- und Supportleistungen (20%)**
- (5.) Projektorganisation und Rolle des Bewerbers (15%)**

Die insoweit bestehenden Anforderungen werden für jedes Unterkriterium jeweils wie folgt präzisiert:

- (1.) Technische Vergleichbarkeit der Provider-Architektur (25 %):** Bewertet wird, ob und in welchem Umfang die Referenz eine mit dem ausgeschriebenen Auftrag vergleichbare technische Provider-Architektur aufweist. Hierzu sind insbesondere darzustellen:
 - Aufbau und Betrieb eines zentralen, redundanten SIP-Trunks,
 - Einsatz und Auslegung von Session Border Controllern (SBC),
 - Anzahl der realisierten gleichzeitigen Gesprächskanäle,
 - umgesetzte Redundanz- und Hochverfügbarkeitskonzepte.
- (2.) Umfang und Komplexität der angebundenen Standorte und Anschlüsse (25 %):** Bewertet wird, ob und in welchem Umfang die Referenz eine mit dem ausgeschriebenen Auftrag vergleichbare Standort- und Anschlussstruktur abbildet. Der Bewerber hat insbesondere darzustellen:
 - Anzahl und Struktur der zentralen und dezentralen Standorte,
 - eingesetzte PSTN, SIP und (x)DSL Anschlüsse,
 - Einsatz von Standort Gateways,
 - Vergleichbarkeit der organisatorischen und technischen Rahmenbedingungen mit einer kommunalen Umgebung.
- (3.) Durchführung von Rufnummernportierungen und Migrationen (20 %):** Bewertet wird, ob und in welchem Umfang eine Rufnummernportierungen bzw. Migrationen in vergleichbarer Größenordnung und Komplexität durchgeführt wurden. Zu beschreiben sind insbesondere:
 - Anzahl der portierten bzw. migrierten Rufnummern und Rufnummernblöcke, Koordination mit abgebenden Netzbetreibern,
 - Durchführung von Test, Umschalt- und Abnahmeprozessen,
 - Maßnahmen zur Sicherstellung der unterbrechungsfreien Erreichbarkeit.
- (4.) Betriebs-, Service- und Supportleistungen (20 %):** Bewertet wird, ob und in welchem Umfang ein dauerhafter Produktivbetrieb unter vergleichbaren Anforderungen an „Betriebs-, Service- und Supportleistungen“ abgebildet wurde. Der Bewerber hat darzustellen:
 - Art und Umfang der Service- und Supportleistungen,
 - Verfügbarkeit eines deutschsprachigen Service Desks,
 - Regelungen zu Reaktions- und Entstörzeiten,
 - Verantwortlichkeiten im laufenden Betrieb (z. B. Monitoring, Störungsmanagement).
- (5.) Projektorganisation und Rolle des Bewerbers (15 %):** Bewertet wird, ob und in welchem Umfang eine mit dem ausgeschriebenen Auftrag vergleichbare Aufgaben an Projektorganisation und deren Rolle und Verantwortung übernommen wurde. Zu beschreiben sind insbesondere:
 - Rolle des Bewerbers (z. B. Generalunternehmer, Teilauftragnehmer, Gesamtprojektleitung),

- Verantwortlichkeiten in Planung, Umsetzung und Betrieb,
- Projektlaufzeit und vertragliche Bindung,
- Vergleichbarkeit des Auftraggebers hinsichtlich Größe und Organisationsstruktur.

Jede angegebene Referenz wird für jedes Unterkriterium jeweils einzeln anhand der folgenden Methode bewertet, wobei die Bewertung als solche und in Relation zu den Referenzangaben der Mitbewerber erfolgt:

10,00 Punkte	Die Referenz trägt den dargelegten Anforderungen weit überdurchschnittlich Rechnung und lässt deshalb eine sehr gute Erfüllung der in den Vertragsunterlagen dargelegten Anforderungen erwarten.
07,50 Punkte	Die Referenz trägt den dargelegten Anforderungen überdurchschnittlich Rechnung und lässt deshalb eine gute Erfüllung der in den Vertragsunterlagen dargelegten Anforderungen erwarten.
05,00 Punkte	Die Referenz trägt den dargelegten Anforderungen durchschnittlich Rechnung und lässt deshalb eine befriedigende Erfüllung der in den Vertragsunterlagen dargelegten Anforderungen erwarten.
02,50 Punkte	Die Referenz trägt den dargelegten Anforderungen zwar bereits teilweise, aber noch nicht in jeder Hinsicht durchschnittlich Rechnung, und lässt deshalb eine ausreichende Erfüllung der in den Vertragsunterlagen dargelegten Anforderungen erwarten.
00,00 Punkte	Die Referenz trägt den dargelegten Anforderungen nicht oder überwiegend nicht Rechnung und lässt deshalb nicht die Erfüllung der in den Vertragsunterlagen dargelegten Anforderungen erwarten.

Die pro Unterkriterium erreichten Punkte werden für jede Referenz unter Berücksichtigung der vorgegebenen Gewichtung addiert; die Summe wird entsprechend der vorgegebenen Gewichtung gewichtet. Bei der Bewerberauswahl berücksichtigt wird nur die Referenz mit den in Summe höchsten erreichten Punktzahlen. Anhand dieser Punktzahl wird eine Bewerberrangfolge gebildet. Die Bewerber auf den Rängen 1 bis 5 werden zur Angebotsabgabe aufgefordert, sofern nicht (sonstige) Gründe des Vergaberechts entgegenstehen. Sind die Bewerber auf den Rängen 5 und 6 punktgleich, erhält auch der Bewerber auf Rang 6 eine Aufforderung zur Angebotsabgabe, sofern nicht (sonstige) Gründe des Vergaberechts entgegenstehen. Entsprechendes gilt im Hinblick auf Rang 7. Sind auch die Ränge 8 usw. punktgleich mit Rang 5, werden ebenfalls (nur) die Bewerber auf den ersten 5 Rängen berücksichtigt; in diesem Falle entscheidet unter den betroffenen punktgleichen Bewerbern das Los.

22. Verhandlungsverfahren

- a) Nur die Unternehmen, die im Anschluss an den Teilnahmewettbewerb von der Stadt Aachen zur Angebotsabgabe aufgefordert werden (im Weiteren: Bieter), dürfen ein Erstangebot einreichen. Dieses Erstangebot bildet die Grundlage für die anschließenden Verhandlungen. Mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe wird auch die Frist zur Einreichung des Erstangebots verbindlich festgelegt. Die Bieter können im **Los 2_Vordruck 09: Verhandlungsbedarf** anzeigen über diejenigen Aspekte informieren, zu denen sie eine Verhandlung für erforderlich halten.
- b) Die Erstangebote werden in jedem Falle verhandelt, soweit die Stadt Aachen nicht von ihrem Recht auf Abschichtung Gebrauch macht. Sie sind mithin indikativ.
- c) Die Stadt Aachen verhandelt mit den Bietern über die von ihnen eingereichten Erstangebote und alle Folgeangebote, mit Ausnahme der endgültigen Angebote, mit dem Ziel, die Angebote inhaltlich zu verbessern. Dabei darf über den gesamten Angebotsinhalt verhandelt werden mit Ausnahme der von der Stadt Aachen in den Vergabeunterlagen festgelegten Mindestanforderungen und Zuschlagskriterien.
- d) Die Stadt Aachen behält sich vor, die Verhandlungen in verschiedenen aufeinanderfolgenden Phasen abzuwickeln, um so die Zahl der Angebote, über die verhandelt wird, anhand der vorgegebenen Zuschlagskriterien zu verringern.
- e) Beabsichtigt die Stadt Aachen, die Verhandlungen abzuschließen, so unterrichtet sie die verbleibenden Bieter und legt sie eine einheitliche Frist für die Einreichung neuer oder überarbeiteter – verbindlicher – Angebote fest. Mit der Aufforderung zur Einreichung neuer

oder überarbeiteter – verbindlicher – Angebote bestimmt sie die Frist, innerhalb der die Bieter an ihre Angebote gebunden sind.

23. Verifizierende Bieterpräsentationen

- a) Der Stadt Aachen bleibt vorbehalten, Angebotspräsentationen durchzuführen. Dies gilt sowohl für indikative als auch für verbindliche Angebote. Die Präsentationen dienen ausschließlich der Verifizierung qualitativer Angebotsbestandteile. Eine Bewertung der Präsentationen erfolgt nicht.
- b) Die Entscheidung, ob eine Präsentation zur Verifizierung qualitativer Angebotsbestandteile erforderlich ist, trifft die Stadt Aachen nach eigenem Ermessen.
- c) Eine gesonderte Einladung mit genauer Uhrzeit und organisatorischen Hinweisen erfolgt rechtzeitig über das Vergabeportal.

24. Bindefrist

- a) Mit der Aufforderung zur Einreichung neuer oder überarbeiteter – verbindlicher – Angebote bestimmt die Stadt Aachen die Frist, innerhalb der die Bieter an ihre Angebote gebunden sind (Bindefrist).
- b) Die Stadt Aachen geht davon aus, dass Angebote auch noch nach Ablauf der vorgesehenen Bindefrist fortgelten, soweit sich nicht aus dem Angebot oder den Umständen ein anderer Wille ergibt. Nachträgliche Bindefristverlängerungen bleiben vorbehalten.

25. Zuschlagskriterien

- a) Der Auftraggeber hat folgende Zuschlagskriterien festgelegt (Angabe mit Gewichtung):

1. Preis	60 % (= 60 Punkte)
2. Angebotsqualität	40 % (= 40 Punkte)

- b) **Preisangaben:**

- (1.) Für die erforderlichen Preisangaben ist die **Anlage B2-3 Los 2_Preisblatt (Provider Leistungen)** zu verwenden. Alle Preise sind einheitlich netto in Euro mit zwei Nachkommastellen (kaufmännisch gerundet) anzugeben, dabei sind die jeweiligen Bearbeitungshinweise zu beachten.
- (2.) Einheitliche Kalkulationsgrundlage bilden die von dem Auftraggeber in **Anlage B2-3 Los 2_Preisblatt (Provider Leistungen)** angegebenen Mengenangaben.
- (3.) Änderungen, Ergänzungen oder Kommentierungen in **Anlage B2-3 Los 2_Preisblatt (Provider Leistungen)** sind unzulässig und führen regelmäßig zum Ausschluss vom Verfahren.
- (4.) Die **Anlage B2-3 Los 2_Preisblatt (Provider Leistungen)** errechnet auf der Grundlage der einzutragenden Netto-Einzelpreise einen Netto-Gesamtpreis. Hiervon ausgehend errechnet die **Anlage B2-3 Los 2_Preisblatt (Provider Leistungen)** automatisch den Brutto-Gesamtpreis (= Angebotsvergleichspreis).
- (5.) Der Bieter mit dem niedrigsten Brutto-Gesamtpreis erhält die Höchstpunktzahl von 60 Punkten. Alle weiteren Angebote werden im Verhältnis zum niedrigsten Preis wie folgt bewertet: 60 Punkte multipliziert mit dem niedrigsten Brutto-Gesamtpreis dividiert durch den bieterseits angebotenen Brutto-Gesamtpreis.

- c) **Angebotsqualität:**

- (1.) Zur Bewertung des **Zuschlagskriteriums 2: Angebotsqualität** sind von jedem Bieter die nachfolgend angegebenen Konzepte vorzulegen:

- | | |
|-----------------------------|--|
| • K1 - Bieterkonzept | „Zentraler SIP-Trunk“ |
| • K2 - Bieterkonzept | „Anschlüsse für mittlere und kleine Standorte“ |
| • K3 - Bieterkonzept | „Cloud-Telefonie für kleine Standorte“ |
| • K4 - Bieterkonzept | „Proof of Concept (PoC)“ |
| • K5 - Bieterkonzept | „Migration und Inbetriebnahme“ |

- **K6 - Bieterkonzept** „Service & Betrieb / Incident- und Problem-Management“
- **K7 - Bieterkonzept** „Portal & Serviceplattform“
- **K8 - Bieterkonzept** „Integrations- und Schnittstellenservice“

(2) Die Konzepte sind in Textform einzureichen. Skizzen sind zulässig. Die einzureichenden Konzepte müssen in formaler Hinsicht folgende Anforderungen einhalten:

- Format: DIN A4, Schriftart Arial, Schriftgröße 11, Zeilenabstand 1,15 pt.
- Sprache: Deutsch
- Umfang: Einhaltung der maximalen Seitenanzahl gemäß Ziffer 21 der Leistungsbeschreibung

Bei Abweichung von den vorgegebenen Formatvorgaben erfolgt keine Berücksichtigung. Eine Nachforderung erfolgt nicht.

(3) Die Unterkriterien, zu denen von den Bietern in den Konzepten jeweils Erläuterungen erwartet werden, ergeben sich – einschließlich ihrer Gewichtung – gemäß § 127 Abs. 5 GWB sowie §§ 37 und 58 Abs. 3 VgV aus der Vergabebekanntmachung sowie ergänzend aus den Vergabeunterlagen (Ziffer 21 der Leistungsbeschreibung).

(4) Die Konzepte zum Zuschlagskriterium 2 „Angebotsqualität“ werden für jedes Unterkriterium gesondert nach dem vorgegebenen Bewertungsschema bewertet. Der Auftraggeber berücksichtigt hierbei insbesondere den Detaillierungsgrad, die Plausibilität sowie den spezifischen Bezug zu den lokalen Gegebenheiten der Stadt Aachen.

Hinweis:

Die Nichtvorlage eines oder mehreren Konzepte führt zwingend zu einem Ausschluss von der Wertung. (A-Kriterium; im Kriterienkatalog mit „A“ gekennzeichnet)

9-10 Punkte	Alle Wertungsaspekte werden ausführlich, detailliert und schlüssig dargestellt. Die Ausführungen lassen eine sehr gute Leistungserbringung erwarten. Zusätzlich werden spezifische Anforderungen des Standorts Aachen (z.B. Kita-Struktur, nomadische Nutzung) individuell berücksichtigt und durch konkrete Lösungsansätze mit erkennbarem Mehrwert ergänzt.
7-8 Punkte	Alle Wertungsaspekte sind vollständig beschrieben, einzelne Details sind jedoch nicht in der erforderlichen Tiefe ausgeführt. Die Darstellung ist nachvollziehbar und lässt eine gute Leistungserbringung erwarten. Das Konzept ist schlüssig, bleibt jedoch in Teilen allgemein/standardorientiert.
5-6 Punkte	Alle Wertungsaspekte sind grundsätzlich enthalten, werden jedoch teilweise nur oberflächlich dargestellt. Die Ausführungen sind nachvollziehbar, lassen jedoch im Ergebnis eine befriedigende Leistungserbringung erwarten.
3-4 Punkte	Die geforderten Wertungsaspekte werden nicht vollständig dargestellt oder weisen konzeptionelle Mängel auf. Die Ausführungen sind teilweise nachvollziehbar und lassen eine ausreichende Leistungserbringung erwarten.
1-2 Punkte	Die Wertungsaspekte sind überwiegend unvollständig oder enthalten erhebliche Mängel. Eine mangelhafte Leistungserbringung ist zu erwarten.
0 Punkte	Die Wertungsaspekte werden nicht dargestellt oder sind technisch/organisatorisch nicht nachvollziehbar, sodass eine ungenügende Leistungserbringung zu erwarten ist.

Mindestanforderungen: Angebote mit Konzepte(n) kleiner oder gleich 2 Punkte werden von der Wertung ausgeschlossen, da die Leistung insgesamt nicht die vertraglich geforderten Anforderungen erwarten lässt.

- (5) Ergänzend haben die Bieter mit den vorstehend genannten Konzepten den **Vordruck B2-4 Los 2 Kriterienkatalog (Provider Leistungen)** zu einzureichen. Alle im Kriterienkatalog zu bearbeiteten Felder sind zu befüllen; dabei sind die jeweiligen Bearbeitungshinweise zu beachten.
- d) Die von jedem Bieter erreichten Preis- und Qualitätspunkte werden addiert. Die sich hieraus ergebende Summe bildet die Angebotsvergleichspunktzahl.

26. Wettbewerbsregister

Der Auftraggeber wird vor Zuschlagserteilung eine bieterbezogene Auskunft gemäß § 6 Abs. 1 Wettbewerbsregistergesetz einholen.

27. Wettbewerbsbeschränkende Absprachen/Mittelstandskartelle

- a) Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat jeder Bewerber/ Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.
- b) Teilnahmeanträge/ Angebote von Bewerbern/ Bieter, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer wettbewerbsbeschränkenden Absprache beteiligen, werden ausgeschlossen.
- c) Unter bestimmten Voraussetzungen sind Vereinbarungen zwischen Unternehmen bzw. die Bildung von Mittelstandskartellen von § 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) freigestellt. Die Voraussetzungen können in §§ 2, 3 GWB nachgelesen werden.

28. Vertragsunterzeichnung

- a) Der ausgeschriebene Auftrag ist mit Zuschlagserteilung rechtswirksam erteilt.
- b) Der Auftraggeber behält sich vor, nach Zuschlagserteilung deklaratorisch eine Vertragsunterzeichnung durchzuführen. Nachverhandlungen finden nicht statt.

29. Haftungsausschluss

- a) Es wird darauf hingewiesen, dass die Vergabeunterlagen – trotz Anwendung größtmöglicher Sorgfalt bei ihrer Erstellung – unbeabsichtigt Angaben enthalten können, die unzutreffend, unvollständig und oder mit den geltenden Verfahrensvorschriften unvereinbar sind.
- b) Hierfür ist die Haftung des Auftraggebers, soweit gesetzlich zulässig, ausgeschlossen.

30. Datenschutz

- a) Der Auftraggeber weist darauf hin, dass er im Rahmen des vorliegenden Vergabeverfahrens nur solche Daten verarbeitet, die für die Erfüllung des Vergabezwecks erforderlich sind.
- b) Soweit der Auftraggeber nicht ausdrücklich ein anderes vorsieht, dürfen personenbezogene Daten anonymisiert angegeben werden.
- c) Es wird auf die in dem elektronischen Projektraum der Ausschreibung im Vergabeportal eingestellten Hinweise zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Rahmen des Vergabeverfahrens verwiesen.

31. Gender-Hinweis

Aus Gründen der leichten Lesbarkeit wird in den Vergabeunterlagen zum Teil die männliche Sprachform verwendet. Dies impliziert jedoch keine Benachteiligung des weiblichen und diversen Geschlechts, sondern ist im Sinne der sprachlichen Vereinfachung als geschlechtsneutral zu verstehen.

.....

Anlage 1

Teilnahmeantrags-/ Angebots-Checkliste zur Ausschreibung „Rahmenvereinbarung über die Provider-Anschlussleistungen der Festnetztelefonie der Stadt Aachen (Los 2)“

Vergabenummer: FB60/320-2026/100-AK

Bitte prüfen Sie sorgfältig, ob Ihr Teilnahmeantrag/ Angebot folgende Unterlagen vollständig und korrekt enthält.

Alle Unterlagen sind elektronisch über das Vergabeportal hochzuladen.

I. Mit dem Teilnahmeantrag einzureichen:

1. Los 2_Vordruck 01: Teilnahmeantrag
– Vollständig ausgefüllt und unterzeichnet in Textform (§ 126b BGB)
2. Los 2_Vordruck 01a: Vertraulichkeitsvereinbarung
– Für jedes Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft
3. Los 2_Vordruck 02: Bewerber- und Bietergemeinschaften (falls zutreffend)
– Benennung aller Mitglieder und eines bevollmächtigten Vertreters
4. Los 2_Vordruck 03: Eigenerklärung zur Eignung
– Nachweise zur erlaubten Berufsausübung, wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, technischen Leistungsfähigkeit
5. Los 2_Vordruck 03a: Referenzbeschreibung
– Ausführliche Erläuterung zu jeder Referenz, ggf. mehrfach vervielfältigt
6. Los 2_Vordruck 04: Eigenerklärung Ausschlussgründe (VHB 521 EU)
– Für jedes Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft sowie benannte Unterauftragnehmer
7. Los 2_Vordruck 04a: Eigenerklärung Mindestlohngesetz (VHB 522)
– Für jedes Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft sowie benannte Unterauftragnehmer
8. Los 2_Vordruck 04b: Eigenerklärung Sanktionen (VHB 523 EU)
– Für jedes Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft sowie benannte Unterauftragnehmer
9. Los 2_Vordruck 05 / 05a: Eignungsleihe (falls zutreffend)
– Nachweise über die Inanspruchnahme von Kapazitäten Dritter, inkl. Verpflichtungserklärung
10. Los 2_Vordruck 06: Verantwortlicher Ansprechpartner
– Benennung Hauptverantwortlicher inkl. Stellvertretung
11. Nachweis zur Nutzung des Benutzerkontos (falls zutreffend)
– Vollmacht, sofern das Vergabeportal über ein fremdes Benutzerkonto genutzt wird
12. Nachweis der erlaubten Berufsausübung (soweit erforderlich)
– Für jedes Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft

II. Mit dem Erstangebot einzureichen (nur durch eingeladene Bieter):

1. Los 2_Vordruck 08: Angebotsvordruck
– Vollständig ausgefüllt, mit allen erforderlichen Angaben
2. Los 2_Vordruck 09: Verhandlungsbedarf (optional)
– Auflistung verhandlungsrelevanter Aspekte
3. B2-3 Los 2_Preisblatt (Provider Leistungen)
– Alle Preise wie vorgegeben, mit zwei Nachkommastellen (kaufmännisch gerundet)
4. B2-4 Los 2_Kriterienkatalog (Provider Leistungen)
– Ausfüllen der vorgesehenen Felder innerhalb der formellen Vorgaben
5. K1 - Bieterkonzept „Bieterkonzept „Zentraler SIP-Trunk“
– Maximal 15 Seiten, Einhaltung der Formatvorgaben

6. **K2 - Bieterkonzept „Anschlüsse für mittlere und kleine Standorte“**
– Maximal 15 Seiten, Einhaltung der Formatvorgaben
7. **K3 - Bieterkonzept „Cloud-Telefonie für kleine Standorte“**
– Maximal 10 Seiten, Einhaltung der Formatvorgaben
8. **K4 - Bieterkonzept „Proof of Concept (PoC)“**
– Maximal 7 Seiten, Einhaltung der Formatvorgaben
9. **K5 - Bieterkonzept „Migration und Inbetriebnahme“**
– Maximal 10 Seiten, Einhaltung der Formatvorgaben
10. **K6 - Bieterkonzept „Service & Betrieb / Incident- und Problem-Management“**
– Maximal 10 Seiten, Einhaltung der Formatvorgaben
11. **K7 - Bieterkonzept „Portal & Serviceplattform“**
– Maximal 10 Seiten, Einhaltung der Formatvorgaben
12. **Los 2_Vordruck 07: Informationen zu Unteraufträgen bei Angebotsabgabe (falls zutreffend und nicht bereits im Teilnahmewettbewerb vorgelegt)**
13. **Los 2_Vordruck 07a: Nachweis Unterauftragnehmer (falls zutreffend, nicht bereits im Teilnahmewettbewerb vorgelegt und gefordert)**